

Arbeiter-Zeitung

erschint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: 25 Hentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf. monatl. 1,80 Mk. + 84 Pf. Botenlohn = 2,20 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Einschluß 8 Pf. Anzeigenpreis: Die gebrauchte Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf. Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinaussagen: Die dreizehnlängige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestelle in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Krennitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Krennitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 439 02. Erscheint der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlags: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Krennitzer Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Neue Hungerdemonstrationen vor Rathhäusern

In Landeshut Miets- und Schulstreik angekündigt — Auch im sozial-politischen Ausschuss verhindert die Schleicher-Front von Nazi bis zur SPD, die Annahme kommunistischer Anträge auf wirkliche Winterhilfe — Erwerbslose Frauen und Männer! Fordert dringender denn je die Winterhilfe!
Her mit höheren Unterstützungen, her mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

Landeshut, 11. Dezember. Die Telegraphen-Union meldet: Zu einer Massenversammlung von Erwerbslosen kam es in dem Industriort Nothenbach (Kreis Landeshut), wo durch die Stilllegung der Kohlenwerke besonders große Not herrscht, im Anschluß an eine kommunistische Erwerbslosenversammlung. Die Menge zog vor das Verwaltungsgebäude der Gemeinde und forderte von dem Gemeindevorsteher die Erfüllung einer Reihe von vorgebrachten Wünschen, die aber angesichts der katastrophalen Finanzlage unberücksichtigt bleiben mußten. Der kommunistische Wortführer kündigte einen Mieterstreik an. Ferner sollten die Schulkinder, die keine Schuhe mehr besitzen, von Montag an vom Schulbesuch zurückgehalten werden. Die erregten Massen konnten nur mit Mühe von dem Gemeindevorsteher beruhigt und aufgelöst werden. Zu Gewalttätigkeiten ist es nicht gekommen.

kleinen bürgerlichen Parteien und bei Stimmenthaltung der SPD. Führer abgesehen. Angenommen wurde schließlich nur ein sozialdemokratischer Bescheidentwurf, der in Form einer Entschliebung eingebracht wurde und nur allgemein die unentgeltliche Belieferung mit Naturalien und Kleidungsstücken je nach den örtlichen Verhältnissen verspricht und Gemeindevorstände und Gemeindeverbänden vom Reich zur Verfügung gestellt werden soll. Einen konkreten Beschluß über die Höhe der Unterstützung enthält die Entschliebung nicht. Ueberdies soll heute der Haushaltsausschuss des Reichstages nach finanzieller Seite hin prüfen, was nach Ansicht der Regierung und bürgerlichen Parteien überhaupt durchgeführt werden könne.

Die Haltung der Parteien von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten beleuchtet die hündische Rolle, die diese Parteien gegenüber dem Schleicher-Kabinett übernommen haben. Die Sozialdemokraten haben im Ausschuss, obwohl sie wochenlang in ihrer Presse behauptet haben, daß sie einzig und allein für die wirkliche Winterhilfe eintreten, Stimmenthaltung geübt. Dieser Massenbetrug ist durch die Haltung der SPD. im Reichstag und am Sonnabend im sozialpolitischen Ausschuss entlarvt worden.

Die Massen der Arbeitslosen und Notleidenden werden nicht dulden, daß die Winterhilfe verweigert wird. Das Arbeitslosenheer wird von Tag zu Tag größer, die Winterkälte hat eingesetzt und die Not der Erwerbslosen wird immer größer. Die Hungerdemonstrationen vor den Rathhäusern werden selbstverständlich zunehmen, weil der Hunger stärker ist als alle Maßnahmen des Machtapparates gegen die Hungernden.

Die Voraussetzung für die Verbreiterung der kämpfenden Einheitsfront ist, daß alle diejenigen Arbeitslosen, die bisher noch den Verprechungen der Nazi- und SPD-Führer geglaubt haben, aufgeklärt und für die Einheitsfront des Kampfes gewonnen werden. Darum schafft an allen Stempelstellen volle Aufklärung über die schändliche Haltung der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Hitler-Partei. Führt Kampfbeschlüsse gegen die politischen Verräter herbei! Fordert dringender die Winterhilfe! Her mit höheren Unterstützungen, her mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

Drei Tage Reichstag!

Von Ernst Torgler

Nur drei Tage war der neu gewählte Reichstag verammelt. Dennoch hat diese kurze Tagung eine sehr große Bedeutung für die innerpolitische Entwicklung in Deutschland. Das wird sofort klar, wenn man sich die wichtigsten politischen Entscheidungen dieses Reichstages vor Augen hält:

1. Sozialdemokraten, Nazis, Zentrum und die übrigen bürgerlichen Parteien verhinderten gemeinsam die sofortige Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Schleicher-Regierung. Damit präsentierten sich vor den Augen der Öffentlichkeit Deutschlands und der ganzen Welt die große Tolerierungsfrent des Reichstages vor Augen hält:

2. Die Nazis mit dem Zentrum und den Splitterparteien verhinderten die Abstimmung über die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Papen-Motverordnungen. Sie traten dadurch offen ein für die Aufrechterhaltung des Lohnabbaus, des Unterstützungs- und Rentenabbaus. Dies war gewissermaßen die engere Tolerierungsfrent des Schleicher-Kabinetts.

3. Die Nazis mit Zentrum und Splitterparteien verhinderten die Beratung und Abstimmung über die kommunistischen Anträge auf Winterhilfe für die Arbeitslosen und begruben diese Anträge bis auf weiteres in den Reichstagsausschüssen. Dadurch gelangten diese Parteien, was ihre „Arbeiterpolitik“ und insbesondere ihre „Arbeitslosenpolitik“ bedeutet. Sie lassen die Hungernden weiter hungern. Sie verraten und verkaufen die Arbeitslosen an die Schleicher-Regierung und das Finanzkapital.

4. Nazis, Zentrum und Splitterparteien beschloßen gegen den heftigsten Widerspruch der Kommunisten die Vertagung des Reichstages bis auf weiteres und gaben damit der Regierung Schleicher die Möglichkeit, zu „arbeiten“.

Das Kabinett Schleicher hat sein erstes Ziel erreicht: indem es von den Parteien von Breitscheid bis Fried so toleriert wurde, hat es sich nicht nur eine Zeit „für ungestörte Arbeit“ gewonnen, sondern auch den ersten Erfolg erzielt in der näheren Heranziehung dieser Parteien an die Regierung als Massenbasis des faschistischen Regimes des Finanzkapitals. Schleicher hat diesen Erfolg erzielt dadurch, daß er eine Reihe geschickter Manöver machte und den Parteien, die er zur Tolerierung veranlassen wollte, einige Zugeständnisse gewährte, mit denen sie ihre Tolerierungspolitik maximieren konnten.

Eine dieser „Konzeßionen“ war die durch den Staatssekretär Mand abgegebene Regierungserklärung, daß das Kabinett bereit sei, bezüglich der Winterhilfe eine Verständigung mit den Parteien zu suchen. Bezeichnend dabei ist, daß die Regierung keinerlei konkrete Zugeständnisse machte, sondern nur eine Kautschukformel zum besten gab, die zu nichts verpflichtet. Eine weitere „Konzeßion“ ist die Zustimmung der Regierung zur Aufhebung des zweiten Teils der Motverordnungen vom 5. September. Wohl zu merken: nicht etwa die Bestimmungen über den Lohnabbau sind aufgehoben, auch nicht die Motverordnungen gegen die Arbeitslosen, Sozialrentner, Kriegsober, auch nicht die Milliarden Subventionen an die Kapitalisten, sondern nur jenes Ermächtigungsgesetz, welches der Regierung Papen die Möglichkeit zu zukünftigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialpolitik gab. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Schleicher-Regierung gab nichts preis von den realen Maßnahmen, die sie für die Profite des Kapitals und gegen die arbeitenden Massen getroffen hat, sondern verzichtete nur auf jederzeitigen Widerruf (!) auf die „Zukunftsmusik“ jenes Ermächtigungsgesetzes.

Die Amnestie, welche vom Reichstag beschloßen wurde, muß unter einem doppelten Gesichtspunkte betrachtet werden. Sie war für die Schleicher-Regierung und ihre Tolerierungsparteien ein Mittel, vor den rebellierenden Arbeitermassen, insbesondere der Hitlerpartei den wahren Sinn der nationalsozialistischen Tolerierungsbeschlüsse zu verschleiern. Die Amnestie ist jedoch zugleich auch ein Zurückweichen der Bourgeoisie vor der von der kommunistischen Partei und der Roten Hilfe geführten, in den letzten Wochen immer stärker anwachsenden Kampagne für Befreiung der Sondergerichte und Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen. Dieser Aktion, die immer stärker zu einer breiten Massenbewegung wurde, möchte die Bourgeoisie die Spitze abbrechen. Die Arbeiterklasse aber wird sich mit diesem teufelischen Zurückweichen des Massenfeindes in der Amnestiefrage nicht zufriedengeben, sondern im Gegenteil ihre Aktion fortsetzen und steigern, bis auch der letzte proletarische politische Gefangene befreit ist!

Wenn die Schleicher-Regierung mit der Vertagung des Reichstages zunächst einen Erfolg erzielt hat, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Schwierigkeiten im Lager der deutschen Bourgeoisie keineswegs geringer, sondern im Gegenteil größer geworden sind. Wir wollen die Differenzen zwischen der Hugenberg-Fraktion der Kapitalistenklasse und dem Schleicher-Flügel nur andeuten. Wir müssen jedoch vor allem hinweisen auf den inoffiziellen Einigen offen Frach im Lager der Hitlerpartei. Der Rücktritt Stresemann enthält die verhängnisvolle Botschaft innerhalb der NSDAP.

Massenverhaftung von Arbeitslosen

In Leverkusen kam es am 8. Dezember zu einer Demonstration von über 300 Arbeitslosen, die vom großen Werk der IG. Farben ins Stadttinnere marschierten. Die Arbeitslosen forderten Winterhilfe. Die Polizei des sozialdemokratischen Landrats Trimborn nahm 50 Arbeitslose fest. Die sozialdemokratischen Arbeiter gerieten darüber in größte Empörung.

In Opladen, wo Trimborn vor einigen Tagen eine Erwerbslosenkonzern auflösen und eine Anzahl Funktionäre der KPD. verhaften ließ, kam es auch zu Arbeitslosentendgebungen, ebenso in Langensfeld.

In Köln zogen in den letzten Tagen mehrmals Arbeitslose durch die Straßen und forderten Arbeit und Brot.

Am Sonnabend hat der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages zu den Anträgen auf Winterhilfe Stellung genommen. In der Abstimmung wurden die kommunistischen Anträge mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, des Zentrums, der übrigen

Bezirksparteitag Ruhrgebiet der KPD. durch Zörgiebel-Polizei aufgelöst

Dortmund, 11. Dezember. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel, bekannt durch die 33 Toten vom 1. Mai 1929 in Berlin, hat den Bezirksparteitag Ruhrgebiet der KPD. durch ein Aufgebot von Schupo und Kriminalbeamte auflösen lassen. Die Veranlassung, die der sozialdemokratische Polizeipräsident zu seinem Vorgehen gab, wird in der gesamten Arbeiterklasse ungeheure Empörung wecken. Zörgiebel begründete sein Vorgehen mit der Tatsache, daß in den Straßen von Dortmund, einer Stadt, in der die Kommunisten die weitläufigste aller Parteien sind, zur Begrüßung des Bezirksparteitages Losungen an den Häusern angebracht haben. Zörgiebel erklärte, der Bezirksparteitag dürfe am nächsten Tage zusammenzutreten, wenn die KPD. sich verpflichtet, ihrerseits die Losungen zu entfernen, aber auch dann nur unter Teilnahme eines Kriminalbeamten, denn auf einem anderen Bezirksparteitags am Niederrhein sei es zu hochverräterischen Handlungen gekommen.

Der Versuch des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel geht also einfach dahin, der KPD. das Recht auf ihre geschloßenen

Tagungen, das jeder legalen Partei zusteht, vorzuenthalten. Die Vertreter der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktionen haben bei allen in Frage kommenden Stellen der Reichs- und Preussischen Länderregierung scharfen Protest gegen den Gewaltakt erhoben. In allen Betrieben, in jeder Gewerkschaftsversammlung, vor allem unter den SPD.-Arbeitern, gilt es, gegen den Willkürakt Sturm zu laufen. Der Sozialdemokrat Zörgiebel verfuhr mit seinem Vorgehen die KPD. in die Illegalität zu drängen, das heißt das in die Praxis umzusetzen, was die Führer der Nazis, wie Hitler, Goebbels, Göring und Strasser theoretisch fordern: das Verbot der KPD.

Stettin, 11. Dezember. Soeben erhalten wir die Mitteilung, daß auch der Bezirksparteitag der KPD. Pommern in Stettin aufgelöst worden ist.

Merktige! Stetgert die Protestaktion zur Verteidigung der kommunistischen Partei. Ueber angenommene Protestentschlösungen und Telegramme ist der Redaktion sofort Mitteilung zu machen.

Unter Schleicher noch stärkere Westorientierung

Berlin, 12. Dezember. (Eig. Drahtber.) In Genf haben die Vertreter der fünf Regierungen: Deutschland, England, Frankreich, Italien und der Vereinigten Staaten, eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der gesagt wird, daß in den Rüstungsfragen „grundständig“ Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt werde, und daß für alle Staaten Rüstungsbeschränkungen in Aussicht genommen werden. Wörtlich heißt es dann weiter: „Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.“

Die Erklärung enthält also keinerlei konkrete Zugeständnisse an die deutsche Regierung, alles soll erst noch verhandelt werden. Nachdem unter Papen die deutsche Regierung erklärt hat, daß sie an der Abrüstungskonferenz nicht mehr teilnehmen, ist jetzt dieser Beschluß wieder rückgängig gemacht worden und die Schleicher-Regierung wird wieder Vertreter zur Abrüstungskonferenz entsenden. Wenn auch die deutsche Regierung keinerlei konkrete Zugeständnisse erhalten hat, so zeigt der Beschluß immerhin die Tendenz, der verstärkten Westorientierung und das Bestreben, im Einverständnis mit der französischen und englischen Regierung bestimmte Forderungen in bezug auf die militärischen Rüstungen in die Wirklichkeit zu setzen.



Wachsende Frauenausbeutung in Deutschland

Verstärkt den Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Je mehr sich die Krise der kapitalistischen Wirtschaft vertieft, um so mehr Frauen und Mädchen werden in die Fabriken getrieben, denn die Unternehmer erzielen durch die billigere Frauenausbildung höhere Profite. Durch die letzte Wapen-Notverordnung haben die Unternehmer den direkten Anreiz bekommen, anstatt der Männer die billigere Arbeitskraft der Frauen zu verwenden. Die Notverordnung gibt den Unternehmern die Möglichkeit, ihre Profite nicht nur durch allgemeinen Lohnabbau für alle Arbeitnehmer, nicht nur durch die 400-Mark-Prämie und die Steuerermäßigung zu erhöhen, sondern darüber hinaus noch durch Einschränkung von Ausgaben für die Löhne, indem sie die billigere Frauenausbildung einstellen. Das „Berliner Tageblatt“ vom 20. November führt ein Beispiel an, in dem es heißt:

„In einem Berliner Großbetrieb der Metallindustrie, in dem allerdings der durchschnittliche Lohnabbau infolge einer Streikaktion nicht durchgeführt werden konnte hätte sich bei voller Auswirkung der Notverordnung folgende Berechnung ergeben:

Es wurden 16 männliche und 83 weibliche Arbeitskräfte eingestellt. Danach gab es eine Belegschaft von 64,6 Prozent Frauen gegenüber 69,6 Prozent vor der Neueinstellung. Ohne Lohnabbau und ohne die neuen Arbeitskräfte hätte der wöchentliche Lohnabwurf in diesem Betriebe 15889 Mark betragen. Für die 99 Neueinstellungen konnte der Arbeitgeber 762 Mark Lohnprämie pro Woche verlangen. Wenn der Lohnabbau durchgegangen wäre, hätte die wöchentliche Lohnsumme 16557 Mark betragen, also nur 668 Mark mehr als vorher, während allein 762 Mark an Lohnprämien durch die große Anzahl der neu eingestellten weiblichen Arbeitskräfte eingegangen wären.“

Durch die Notverordnung ist den Unternehmern ein viel größerer Spielraum gegeben, ihre Gewinne auf Kosten der viel

billigeren weiblichen Arbeitskräfte zu erhöhen. So hat nach Bekanntwerden der Notverordnung forderte z. B. die Chemiefabrik Gummi-Elbe in Mitteldeutschland durch Brief ehemals bei ihr beschäftigte Arbeiter auf, ihre Frauen zwecks Arbeitsaufnahme zur Fabrik zu entlassen. Viele Frauen verrichten heute dieselbe Arbeit, die früher ihre eigenen Männer durchführten, für eine Entlohnung, die nur 48 Prozent der Männerlöhne beträgt.

Die Gewerkschaften haben längst den Kampf für die Forderung „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ aufgegeben. Ihre Stellungnahme zur Arbeit der Frau im Produktionsprozess wird am besten dadurch charakterisiert, daß sie zwar in ihren Beschlüssen offiziell gegen ein Verbot der Frauarbeit sind, gleichzeitig aber erklären, daß die verheirateten Frauen den Familienvätern Platz machen müßten. Die Nationalsozialisten und auch das Zentrum erklären, die Frau gehöre ins Haus. Sie alle sind sich also einig in der Forderung: Heraus mit den Frauen aus den Be-

trieben. Das hindert sie jedoch nicht, gemeinsam den faschistischen weiblichen Arbeitsdienst zu propagieren.

Das revolutionäre Proletariat kämpft gegen jede Entlassung, gleichviel ob Mann oder Frau. Es weiß, daß die Frau erst dann nicht mehr Lohnrückerlin gegenüber dem männlichen Proletariat sein wird, wenn sie bei gleicher Arbeit auch den gleichen Lohn hat, sowie das bereits heute in der Sowjetunion der Fall ist. Aber der Kapitalismus dessen oberstes Gesetz die Profitwirtschaft ist, wird, solange er besteht, immer mehr Frauen in die Betriebe zu niedrigerem Lohn in die Fabriken treiben.

Die Konsequenzen, die deshalb das revolutionäre Proletariat aus der Tatsache der sich immer mehr steigenden Bedeutung der Frauen in der Produktion ziehen muß, sind, größte Aufmerksamkeit der Mobilisierung der Arbeiterinnen und proletarischen Frauen zu widmen und in den revolutionären Klassenkampf einzutreten.

Die Pläne der Kapitalisten und ihrer Helfer, die, um ihre Existenz zu retten, in Verbindung mit der Steigerung ihrer Profite Männer aus den Betrieben herauswerfen und Frauen an ihre Stelle aufnehmen, können nur gescheitern und durchkreuzt werden, wenn die Arbeiterinnen und proletarischen Arbeiterinnen sich in die Einheitsfrontaktionen der kommunistischen Partei und der KPD einlagern und gemeinsam in jedem Betriebe den Kampf führen gegen jeden Lohnabbau und jede Entlassung, für die Forderung:

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

Wie die Frauen wählten Zwei Beispiele

In Köln ist das Zentrum mit 98 736 Stimmen die stärkste Partei nur deshalb, weil 60 117 Frauen das Zentrum wählten. Das sind 60,8 Prozent für das Zentrum abgegebene Stimmen.

Die Kommunistische Partei, als zweitstärkste Partei mit 91 094 Stimmen, erhielt 35 600 Frauenstimmen gleich 39 Prozent der für sie abgegebenen Stimmen.

Die Nazi-Partei verdankt 45 Prozent ihrer für sie abgegebenen Stimmen gleich 34 258 von insgesamt 76 100 Stimmen Frauenwählern.

Die Sozialdemokratie hat von 64 664 Stimmen 29 097 Frauenstimmen, das sind 44,9 Prozent der für sie abgegebenen Stimmen.

In Magdeburg sieht das Verhältnis der Frauenstimmen zu den Männerstimmen innerhalb der Parteien folgendermaßen aus:

Die Sozialdemokratie als die dort dominierende Partei erhielt von insgesamt 65 196 für sie abgegebenen Stimmen allein 34 089 Frauenstimmen, das sind 52,3 Prozent der für sie abgegebenen Stimmen.

Die Kommunistische Partei erhielt von den für sie abgegebenen 28 576 nur 12 245 Frauenstimmen, das sind 42,8 Prozent oder 40,86 weniger Frauen- als Männerstimmen.

Die Nazi-Partei konnte von insgesamt 61 895 für sie abgegebenen Stimmen 54,1 Prozent gleich 33 537 Frauenwahlstimmen erreichen. Das sind 52,21 mehr Frauen- als Männerstimmen.

Im Vergleich zu der Abgabe der Frauenstimmen bei der Wahl 1930 hat sich der Anteil der Frauenstimmen in Köln folgendermaßen verhalten:

| | KPD. | SPD. | Nazi | Zentrum |
|-------------|------------|------------|------------|----------|
| 1930 | 38,8 Proz. | 45,1 Proz. | 43,6 Proz. | 67 Proz. |
| 1932 (Nov.) | 39, Proz. | 44,9 Proz. | 45 Proz. | 60 Proz. |

Danach ersehen wir, daß zwar beim Zentrum und der SPD eine rückläufige Bewegung, bei der Kommunistischen Partei und den Nationalsozialisten jedoch eine geringe Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen ist.

Die Kommunistische Partei hat jedoch trotz ihres gewaltigen Vorkamms und der zahlenmäßigen viel größeren Abgabe der

Stimmen auch für die KPD, doch immer noch den geringsten Anteil der Frauenstimmen.

Der prozentuale Anteil der Männer- und Frauenstimmen für die einzelnen Parteien, errechnet an den gesamt gültigen abgegebenen Stimmen, sieht in Magdeburg bei einer Wahlbeteiligung von 89,4 Prozent Männer und 85,8 Prozent Frauen folgendermaßen aus:

| | In Prozent: | | | |
|-----------|-------------|-------------|------------|------------|
| | KPD. | SPD. | Nazi | Zentrum |
| 1930 | Männer 6,4 | Männer 17,6 | Männer 9,2 | Männer 0,8 |
| 1932 Juli | Frau 5,3 | Frau 17,2 | Frau 17,3 | Frau 20,3 |
| 1932 Nov. | 8,5 | 6,3 | 16,1 | 17,7 |

In Köln haben wir folgende Entwicklung bei einer Wahlbeteiligung von 68,4 Prozent:

| | In Prozent: | | | |
|-----------|-------------|------------|-------------|------------|
| | KPD. | SPD. | Nazi | Zentrum |
| 1930 | Männer 10,3 | Männer 6,5 | Männer 10,3 | Männer 8,9 |
| 1932 Juli | Frau 13 | Frau 9,2 | Frau 9,9 | Frau 8,4 |
| 1932 Nov. | 14,8 | 9,5 | 9,5 | 7,7 |

Diese Tabellen veranschaulichen sehr deutlich, wie die kommunistische Partei auch unter den weiblichen Wählermassen auf dem Vormarsch ist. Jedoch gilt es auch zu sehen, wie der Vormarsch der KPD unter den männlichen Wählern viel rascher vor sich geht wie bei den Frauen. Noch stehen wir weit zurück hinter den Anteilen, welche das Zentrum und die Sozialdemokratie und auch die Nazis bei den Frauenwählermassen haben. Es ist deshalb eines der wesentlichsten Aufgabengebiete der kommunistischen Partei, in der Einheitsfrontaktion auch Millionen Arbeiterinnen und proletarische Frauen der revolutionären Klassenfront zuzuführen.

Jede werktätige Frau, jede Arbeiterin liest

„Die Kämpferin“?

Die neueste Nummer soeben

erschiene:

ECKE für proletarische Kinder!

Freiheit für unsere „Trommel“

Als ich neulich auf die Straße kam, traf ich meine Freundin. Die sagte mir, daß die Zeitung aller Arbeiter- und Bauernkinder, „Die Trommel“, auf ein halbes Jahr verboten ist. Ich war ganz empört, denn „Die Trommel“ schreibt immer die Wahrheit. Sie schreibt nämlich, wie es uns Kindern geht. Wir beide beschlossen nun, alle Kinder zusammenzutrommeln, aufs Polizeipräsidium zu gehen, und dort zu protestieren.

Es kamen viele mit. Wir waren so 30 Kinder. Pioniere waren auch ein paar mit dabei. Wir wählten noch rasch ein paar Kinder aus, die rausgehen sollten. Dann ging's los.

Als wir vor dem Präsidium ankamen, stand ein Sipo vor dem Eingangstor. Der fragte uns was wir wollen. Wir sagten: „Protest erheben gegen das Verbot der „Trommel“.“ Sipo: „Was protest? Und was für eine „Trommel“? Wir: „Die Zeitung der Arbeiter- und Bauernkinder!“ Sipo: „Was geht euch eine Zeitung an! Macht lieber eure Schularbeiten!“ Wir: „Die haben wir schon gemacht.“ Sipo: „Wer schickt euch denn?“ Wir: „Uns schickt keiner! Wir kommen von selbst hierher.“ Sipo: „Dann macht daß ihr nach Hause kommt!“ Wir: „Nein! Wir wollen zur Abteilung I und unseren Protest vorbringen.“ Sipo: „Wenn ihr jetzt nicht macht, daß ihr wegkommt dann sperr ich euch alle ein!“ Wir lachten und sagten: „Das können Sie ja gar nicht!“ Darauf sagte er: „Nun ist's aber genug“, und jagte uns fort. Als wir nicht gleich gingen, wurde er zornig. Wir gingen

schließlich nach Hause mit dem Beschluß, alle bei der Roten Jungpionieren einzutreten. Das haben wir auch alle gemacht!

Seid bereit!

Hilde M., Berlin, 12 Jahre.

Die Rot-Sport-Pioniere von Zella Mehlis sammelten 150 Unterschriften von Arbeitereltern, die gegen das Verbot der „Trommel“ protestieren.

Kinder in der rumänischen Gesandtschaft

Vor einigen Tagen konntet ihr in den Zeitungen lesen, daß die Polizei in Rumänien die Siguranz revolutionäre Arbeiter- und Bauernkinder grausam foltert. Mehrere Pioniere sind bereits ihren Todesqualen erlegen. Ein Berliner Pionier schreibt uns: Wir hörten auf einer großen Sitzung von den Folterungen der rumänischen Siguranz gegen revolutionäre Kinder. Sofort beschlossen wir, unseren rumänischen Kameraden zu helfen.

Wir sprachen in unseren Pionierabteilungen und in einigen Schulklassen über die Folterungen. Ich wohne in Lichtenberg. Wir waren 5 Kinder, die gewählt wurden als Delegation zur rumänischen Gesandtschaft. Wir mußten 3 Stunden laufen, bis wir dort waren. Wir hatten kein Fahrge-

Als wir dort waren, trafen wir einen ganzen Schwung Delegierte. Wir hatten einen Protestbrief, den wir beim Gesandten abgeben wollten.

Wir gingen in das Haus. Ein Mann wollte uns hinauswerfen. Den Brief nahm er nicht an. Wir gingen wieder hinaus. Auf der Straße beratschlagten wir von neuem. Dann gingen wir wieder hinein. Drinnen machten wir Krach. Da kam dann ein anderer Mann. Der hörte uns zu und nahm den Brief an. Wir sagten ihm, daß die gefolterten Kinder unsere Kameraden sind. Wir werden allen Kindern, denen wir begegnen, über die Folterungen erzählen. Wir verachten die Siguranz und die Herren Rumänien. Die Arbeiter- und Bauernkinder der ganzen Welt kämpfen brüderlich Seite an Seite für ihre Freiheit. Der feine Mann machte ein langes Gesicht.

Wir 5 Kinder aus Lichtenberg mußten wieder 3 Stunden zurücklaufen. Das schadet aber nichts. Arbeiterkinder müssen in der ganzen Welt zusammenhalten.

Seid bereit!

Karl K., Berlin-Lichtenberg.

telegramme

das Liederbuch „Seid bereit!“ ist neu erschienen stop es sind eine menge neuer lieder drin stop kostet nur zwanzig pfennig stop ihr müßt es alle kaufen stop verlag der jugendinternationale berlin.

★

in plauen ist schulstreik stop drei schulen streiken stop freuden sind freies essen in der schule, freie schreibplatte und bücher zurverfügungstellen der turnhalle für rot-sport stop es schon demonstrationen stattgefunden.

